

Gemeindeverwaltung Steinhagen • Postfach 1241 • 33792 Steinhagen

Seebrücke
Mühlenstraße 8a
141657 Berlin

Familien 
Gemeinde Steinhagen

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Mein Zeichen – *bitte stets angeben*
50

Datum

13.12.2021

**Initiative „Seebrücke – Sichere Häfen“
Beschluss des Rates der Gemeinde Steinhagen vom 10.11.2021**

Am Pulverbach 25
33803 Steinhagen

Postfach 1241
33792 Steinhagen

Dienststelle

Amt für Generationen,
Arbeit, Soziales und
Integration

Sachbearbeitung

Arbeit und Soziales
Birgit Pape

Raum 205

Tel. 05204 / 997 - 208
Fax 05204 / 997 - 225
Birgit.Pape@steinhagen.de

www.steinhagen.de

Öffnungszeiten

Rathaus

Mo.-Fr. 8.00 - 12.30 Uhr
Do. 14.00 - 17.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

nur Bürgerberatung

Mo. - Mi. 7.30 - 17.00 Uhr
Do. 7.30 - 18.00 Uhr
Fr. 7.30 - 12.30 Uhr

Bankverbindungen

Kreissparkasse Halle (Westf.)

IBAN:

DE88 4805 1580 0001 0048 03

BIC: WELADED1HAW

Volksbank

Bielefeld-Gütersloh e.G.

IBAN:

DE44 4786 0125 0101 5407 00

BIC: GENODEM1GTL

Commerzbank Bielefeld

IBAN:

DE09 4804 0035 0561 6800 00

BIC: COBADEFFXXX

Datenschutzhinweis

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner/innen in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den allgemeinen Informationen der Gemeindeverwaltung Steinhagen. Diese finden Sie unter www.steinhagen.de (Fußnote „Datenschutz“) oder erhalten Sie im Rathaus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Gemeinde Steinhagen hat am 10.11.2021 beschlossen sich mit den Menschen auf der Flucht solidarisch zu erklären und der Initiative „Sicher Häfen“ beizutreten.

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion Steinhagen, die Verwaltungsvorlagen sowie die gefassten Beschlüsse sind diesem Schreiben beigelegt. Die Unterlagen sind ebenfalls im Ratsinformationssystem auf der Homepage der Gemeinde Steinhagen (www.steinhagen.de) abrufbar.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Sarah Suß

Anlagen

P. 18.11.2021



Gemeinde Steinhagen

Die Bürgermeisterin

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Drucksache

VL-215-2020/2025

2. Ergänzung

Aktenzeichen:	50
federführendes Amt:	50 Amt für Generationen, Arbeit, Soziales und Integration
Vorlagenersteller/in:	Frau Pape
Datum:	27.10.2021

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Ausschuss für Generationen, Arbeit, Soziales und Integration	22.06.2021	9 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimme 1 Enthaltung
Rat	15.09.2021	In den AGASI verwiesen
Ausschuss für Generationen, Arbeit, Soziales und Integration	29.09.2021	9 Ja Stimmen 6 Nein-Stimmen
Rat	10.11.2021	

Tagesordnungspunkt

Antrag der SPD-Ratsfraktion im Rat der Gemeinde Steinhagen vom 22.03.2021, dem Städtebündnis „Städte Sicherer Häfen“ beizutreten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Steinhagen beschließt, dem Bündnis „Sicherere Häfen – Seebrücke“ mit den erklärten Punkten 1.) und 2.) beizutreten.

1. Öffentliche Solidaritätserklärung

Der Rat der Gemeinde Steinhagen erklärt sich mit den Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch und positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer.

2. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Gemeinde Steinhagen stellt eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen der jeweils aktuell verfügbaren Unterbringungs-kapazitäten sicher. Sie erklärt sich bereit, **10** aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote asylsuchender Menschen. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen hergestellt.

Erläuterungen:

Die SPD-Ratsfraktion stellte am 22.03.2021 den Antrag (Eingang 23.03.2021), dass die Gemeinde Steinhagen dem Städtebündnis „Sichere Häfen“ beitrifft. Der Ausschuss für Generationen, Arbeit, Soziales und Integration der Gemeinde Steinhagen hat dies in seiner 4. Sitzung beschlossen und so wird es dem Rat zum Beschluss empfohlen.

Die Initiative „Seebrücke“ wurde im Juli 2018 gegründet. Es handelt sich um eine europäische soziale Bewegung, die von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft getragen wird (<https://seebruecke.org/sichere-haefen>). Das Bündnis solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und setzt sich für sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen ein, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind.

Ein Kernprojekt der „Seebrücke“ ist die Aktion „Sichere Häfen“. Insgesamt haben sich bis heute bundesweit 253 Kommunen zu „Sicheren Häfen“ erklärt.

Bedingung für die Teilnahme an der Aktion „Sichere Häfen“ ist, dass die Kommune mindestens eine der Forderungen der „Seebrücke“ unterstützt. Der Gesamtforderungskatalog der „Seebrücke“ ist als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügt.

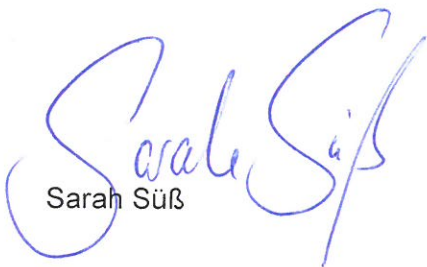
Über 30 der Sicheren Häfen sind mittlerweile einen Schritt weitergegangen und haben sich zu einem kommunalen Bündnis „Städte Sichere Häfen“ zusammengeschlossen. Das Bündnis hat sich beim SEEBRÜCKE-Kongress „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ konstituiert, der am 13./14. Juni 2019 unter der Schirmherrschaft des regierenden Bürgermeisters von Berlin Michael Müller und in Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam in Berlin stattfand. Die Kommunen zeigen in der von ihnen unterzeichneten Potsdamer Erklärung ihre Bereitschaft, die „aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen“ und fordern von „der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass die aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können“. Die Potsdamer Erklärung ist als Anlage 2 dieser Vorlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Ja

Nein

Finanzbedarf konsumtiv (Ergebnisplan):	Kann nicht benannt werden.
Finanzbedarf investiv (Finanzplan):	
Im Haushaltsjahr 2021 eingeplant:	Nein
Ungedeckter Finanzbedarf:	
Deckungsvorschlag:	
Jährliche Folgekosten:	
Stellenmehrbedarf:	


Sarah Süß



Sicheren Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen. Als SEEBRÜCKE begleiten wir den Prozess und dokumentieren, welche Schritte Kommunen aus unserer Sicht bereits gegangen sind (Kontakt: sichererhafen@seebruecke.org).

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Utrechter Str. 48
13347 Berlin

KONTAKT

Telefon: +49 30 7 52 856 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE07450609671167120503
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank



Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).
7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Utrechtse Str. 48
13347 Berlin

KONTAKT

Telefon: +49 30 / 52 866 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE07430609671167120503
BIC: GENDEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank



Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem *Königsteiner Schlüssel* durch einen zu vereinbarenden *zusätzlichen Schlüssel* geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06. 2019
Die Städte Sicherer Häfen

Für die „Städte Sicherer Häfen“: Landeshauptstadt Potsdam/ Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79 – 81, 14469 Potsdam, tolerantepotsdam[at]ratlhaus.potsdam.de